

Fraktion **direkt**

69 | 30. November 2012

Zur Lage

Wir zeigen Mut zum Fortschritt

CDU fährt mit Stolz zum Parteitag

Die CDU kann auf ihrem Parteitag in Hannover in der nächsten Woche selbstbewusst eine positive Bilanz nach drei Jahren christlich-liberaler Koalition ziehen. Gemeinsam mit der Bundeskanzlerin können wir mit einigem Stolz sagen: Deutschland geht es gut. Unser Land ist wie kein zweites in Europa wettbewerbsfähig. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Wirklichkeit darf nicht schöngeredet werden

Doch ebenso müssen wir den Bürgern deutlich machen: Wir können nicht damit rechnen, dass dieser Zustand ohne weitere Anstrengung einfach so erhalten bleibt. Schwellenländer wie China, Indien, Indonesien oder auch Brasilien werden in den nächsten Dekaden aufsteigen. Deutschland wird unter den Wirtschaftsnationen auf Rang zehn zurückfallen.

„Wir müssen unseren Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten – durch Investitionen in Bildung“

Dieser Entwicklung müssen wir uns stellen. Als Union werden wir es uns nicht leisten, die Wirklichkeit schönzureden oder gar auszublenden – so wie dies SPD und Grüne derzeit aus rein wahltaktischen Gründen tun. Die Frage der Zukunftsfähigkeit muss immer Dreh- und Angelpunkt unserer Entscheidungen sein. Wir müssen Mut zur Zukunft zeigen und werden es tun. Ich bin dankbar, dass sich dies auch im Leitantrag für unseren Parteitag widerspiegelt.

Wenn wir Vorsorge für die Zukunft treffen, müssen wir zunächst die Haushalte in Ordnung bringen. Diesen ersten



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Schritt haben wir gemacht. Wir müssen aber noch stärker auf Zukunftsinvestitionen setzen. Denn wir benötigen leistungsfähige Flughäfen, intakte Autobahnen, Wasserstraßen und Bahnlinien sowie ein schnelles Internet überall im Lande.

Wir müssen unseren Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten – durch Investitionen in Bildung. Hier sind auch die Länder gefordert. Bezeichnend ist und bleibt dabei, dass dort, wo die Union in Regierungsverantwortung ist, die Schüler die besten Ergebnisse bringen.

Eine solche zukunftsorientierte Politik dient dem Gemeinwohl und ist im besten Sinne des Wortes bürgerlich. Bürger sind immer bereit, für die nächsten Generationen Verantwortung zu übernehmen. Darauf kann die Union setzen.

Volker Kauder

Wir zeigen Mut zum Fortschritt	1
Die richtige Entscheidung für uns in Europa	2
Erleichterungen für Griechenland	3
„Landflucht ist kein Naturgesetz“	4
Spielregeln für Hochfrequenzhandel	5
Presstexte für Suchmaschinen nicht mehr kostenlos	5
„Neidsteuer“-Pläne der SPD „unverantwortlich“	6
Mehr Rechte für Patienten	7
Schiene darf nicht mehr Lärm verursachen als Straße	7
Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei	8
Antiterror-Operation im Mittelmeer soll verlängert werden	8
Deutschland lässt Afghanistan nicht im Stich	9
Letzte Seite	10

Die richtige Entscheidung für uns in Europa

Griechenlands Fortschritte würdigen



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es war keine einfache, aber es war die richtige Entscheidung, die wir in dieser Woche getroffen haben, als wir einer weiteren Unterstützung Griechenlands zugestimmt haben. Griechenland kann sich noch immer nicht aus eigener Kraft an den internationalen Finanzmärkten refinanzieren. Mit der Fortsetzung des Programms setzen wir daher erneut ein klares Zeichen der europäischen Solidarität.

Griechenland erhält ab Mitte Dezember in mehreren Schritten Hilfen von insgesamt 43,7 Milliarden Euro aus dem im Februar beschlossenen zweiten Rettungspaket. Davon sind zunächst 10,6 Milliarden unmittelbar für die Finanzierung des griechischen Haushalts und 23,8 Milliarden zur Absicherung und Entschuldung des Bankensektors.

Damit bleiben wir in der Logik der bisherigen Rettungsmaßnahmen. Griechenland erhält Hilfe in Form von Krediten. Deren Gewährung bleibt an strenge Reformbedingungen und den konsequenten Schuldenabbau geknüpft.

Die Kontrolle dieser Maßnahmen wird verbessert. Das ist ein wichtiger Punkt. Die für das Jahr 2013 vorgesehenen 9,3 Milliarden Euro werden nur ausbezahlt, wenn Athen beschlossene Projekte konkret in Angriff nimmt. So muss Griechenland nächstes Jahr beispielsweise die Umsetzung einer Steuerreform nachweisen, bevor es weiteres Geld erhält. Der Abbau von Schulden wird da-

durch forciert, dass ein speziell für den Schuldendienst geschaffenes Konto eingerichtet wird. Die Zahlung unterliegt strenger Kontrolle.

Reformieren unter schwierigen Bedingungen

Wir dürfen nicht vergessen, unter welchen schwierigen Bedingungen Griechenland die für seine Zukunft existentiellen Reformen durchführt. Das Land befindet sich das fünfte Jahr in Folge in einer Rezession. Es leidet

unter einer enormen Zinslast und den allgemein schlechten konjunkturellen Bedingungen. Zudem haben die zweifachen Parlamentswahlen im Frühjahr notwendige Reformen verzögert.

Dennoch kann die griechische Regierung inzwischen bemerkenswerte Fortschritte vorweisen, vor allem in der Steuerverwaltung und im Gesundheitsbereich. Kein Land in der EU hat in den vergangenen 30 Jahren so viel gespart und so viele Ausgaben gekürzt wie Griechenland seit Beginn der Krise. Dies erkennen wir an, wenn wir die Hilfen erweitern und Griechenland mehr Zeit für weitere Sparmaßnahmen geben.

Auch die Lohnstückkosten zeigen: Die griechische Wirtschaft ist heute im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger als noch vor fünf Jahren. Der vielfach geforderte Schuldenschnitt bei den öffentlichen Gläubigern käme schlicht zum falschen Zeitpunkt.

Für uns alle in Europa bleibt die Bewältigung der Staatsschuldenkrise eine große Herausforderung. Wir haben uns für einen Weg entschieden, der mit den geringsten ökonomischen und politischen Risiken verbunden ist. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht, das zeigen die Fortschritte in Griechenland und in Europa insgesamt. Gehen wir diesen Weg der Reformen und des Zusammenhalts besonnen und geduldig weiter! Dann werden wir viel erreichen – für uns, für die Europäische Union und damit für unsere Zukunft.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Erleichterungen für Griechenland

Bundestag stimmt Änderungen am Hilfsprogramm zu – Mehr Zeit, geringere Zinsen, zusätzliche Reformen



Foto: Clemens Bilan/dapd

Nach den harten Verhandlungen in Brüssel stellt Schäuble das nachgebesserte Griechenland-Paket in Berlin vor

Der Bundestag hat sich am Freitag dafür ausgesprochen, Athen mit weiteren Maßnahmen unter die Arme zu greifen. Zwei Parlamentswahlen im Frühjahr und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland machen eine Anpassung der Hilfsprogramme und zusätzliche Reformen im Land erforderlich. Erst dann können EU und IWF die nächste Tranche von insgesamt 43,7 Milliarden Euro an Athen überweisen. Die Tranche soll in Teilbeträgen Ende 2012 und im ersten Quartal 2013 ausgezahlt werden – aber immer erst dann, wenn die vereinbarten Reformen umgesetzt wurden.

Außerdem soll Griechenland zwei Jahre mehr Zeit erhalten, seine Konsolidierungsziele zu erreichen. So muss es erst 2016 einen Primärüberschuss von 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erzielen und nicht schon 2014. Damit Griechenland bis 2022 auf ein erträgliches Maß an Schulden kommt, soll es seine unter Nominalwert gehandelten Anleihen zurückkaufen und so seine Schulden senken. Darüber hinaus werden die Kreditlaufzeiten verlängert. Die Zinsen für die Kredite werden gesenkt und gestundet.

Was der Bundestagsbeschluss bedeutet, erklärt „Fraktion direkt“ im Folgenden:

Wird der Bundeshaushalt durch die Beschlüsse der Euro-Gruppe belastet?

An Griechenland fließen die Gewinne der Europäischen Zentralbank zurück, die sie aus der Tilgung der von ihr erworbenen Griechenland-Anleihen erzielt hat.

Der deutsche Anteil hieran beträgt in den nächsten zwei Jahrzehnten insgesamt rund 2,74 Milliarden Euro. Ab 2013 werden die Beträge, die dem jährlichen Anteil Deutschlands an den Gewinnen entsprechen (2013 rund 600 Millionen Euro), über den Bundeshaushalt an Griechenland weitergeleitet. Darüber hinaus verzichtet der Bund auf einen Teil seiner Zinsgewinne aus bilateralen Krediten für Griechenland (jährlich 130 Millionen Euro).

Erhöhen sich durch die Beschlüsse der Euro-Gruppe die Finanzhilfen, die der europäische Rettungsschirm EFSF Griechenland zur Verfügung stellt?

Es ist weder eine Verlängerung der Laufzeit der Hilfsprogramme noch eine Erhöhung der EFSF-Kredite für Griechenland vorgesehen.

Wie wird der Schuldenrückkauf finanziert?

Den Rückkauf von Schulden soll Griechenland aus den laufenden Pro-

grammmitteln finanzieren. Dadurch verringert sich für Griechenland natürlich der Spielraum, die bewilligten Hilfen einzusetzen.

Wird es einen Schuldenschnitt unter Beteiligung des Bundes geben?

Ein Schuldenschnitt ist im Brüsseler Beschluss ausdrücklich nicht vorgesehen. Bundesfinanzminister Schäuble hat sich hier durchgesetzt. Bei einem Schuldenschnitt für öffentliche Gläubiger könnte das Griechenland-Programm in der jetzigen Form nicht fortgesetzt werden. Denn der Bund kann nur dann weitere Kredite an Griechenland vergeben, wenn er davon ausgehen kann, dass sie auch zurückgezahlt werden.

Wie soll erreicht werden, dass der Schuldenstand Griechenlands bis 2020 wie vereinbart auf 126,6 Prozent des BIP sinkt?

Griechenland muss konsequent Strukturreformen umsetzen und seine Ausgaben drosseln. Denn nur wenn Athen seine Sparziele erreicht, stellen die internationalen Partner die vereinbarten Finanzhilfen zur Verfügung. Neben den bisher vereinbarten Maßnahmen kommen z.B. der Einsatz von Strukturfondsmitteln aus dem EU-Haushalt oder weitere Zinssenkungen in Betracht.

Gibt es Fortschritte bei den Reformen in Griechenland?

Griechenland hat die umfassendste Haushaltskonsolidierung in die Wege geleitet, die je ein EU-Land in den letzten 30 Jahren unternommen hat. Zu den Reformen gehören die Schließung einer Fiskallücke von 13,5 Milliarden Euro in den Jahren 2013 und 2014, die vollständige Reform der Steuerverwaltung, die Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem 1. Januar 2013 auf 67 Jahre und die Reduzierung der Lohnnebenkosten.

„Landflucht ist kein Naturgesetz“

Ingbert Liebing über Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume – Breitbandausbau als Wachstumsmotor



Ingbert Liebing
Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“

Rund die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land. Die christlich-liberale Koalition hat in einem Antrag, der in dieser Woche vom Bundestag verabschiedet wurde, Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume entwickelt. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“, Ingbert Liebing.

Herr Liebing, die demografische Entwicklung führt zwangsläufig dazu, dass sich die Bevölkerung auf dem Land ausdünnert. Die Attraktivität der Städte und das Angebot an Arbeitsplätzen dort tun das Ihre dazu, die Menschen wegzulocken. Wie wollen Sie gleichwertige Lebensverhältnisse sichern?

Liebing: So zwangsläufig ist die Entwicklung gar nicht. Wir Deutschen müssten nur Geburtenraten wie in den skandinavischen Ländern oder in Frankreich erreichen, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, aber das ist leider nicht der Fall. Dass Städte zunehmend als attraktiver wahrgenommen werden ist auch kein Naturgesetz. Noch in den 70er, 80er, 90er Jahren hatten wir eine Entwicklung: raus aus der Stadt, rauf auf's Land.

Doch in Zeiten einer schrumpfenden Bevölkerung droht eine Abwärtsspirale. Es ist deshalb zentral, das wirtschaftliche Potenzial auf dem Land zu aktivieren. Mit ihrem Antrag bringt die Koalition ein 105 Einzelmaßnahmen umfassendes Aktionsbündel in den Bundestag ein, um das Landleben wieder zukunftsfest zu machen. So können wir den demografischen Wandel rechtzeitig gestalten.

Der Ausbau der Breitbandversorgung ist ein zentraler Aspekt des Antrages. Mit welchen Instrumenten wollen Sie das schnelle Internet fördern?

Liebing: Bereits zehn Prozent mehr Breitbandausbau schafft 1,5 Prozent mehr Wirtschaftswachstum. Deshalb sind die Ausbauziele der Bundesregierung, bis 2014 für 75 Prozent und bis 2018 für 100 Prozent der Haushalte Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit/Sekunde verfügbar zu haben, so wichtig. Mit einem uneingeschränkten Zugang zu Kabelverzweigern und Schaltverteilern wollen wir für mehr Wettbewerb im Markt sorgen. Außerdem setzen wir uns für ein gemeinsames Infrastrukturförderprogramm Breitbandausbau für die Kommunen ein.

„Was auf dem Land erwirtschaftet wird, kommt dem Land zugute“

Im Antrag steht, die Energiepolitik wird zur Stärkung der ländlichen Räume beitragen. Wie ist das zu verstehen?

Liebing: Unser Ziel ist eine höhere Wertschöpfung für die ländlichen Räume. Landwirte werden zu Energiewirten, und junge Leute bekommen durch den Einstieg in das Energiegeschäft Perspektiven, die das Landleben attraktiv machen. So fließen die Gewinne aus der Energieproduktion nicht mehr an anonyme Aktionäre. Das, was auf dem Land erwirtschaftet wird, kommt dem Land zugute. Klar ist, wenn die Menschen selber über Modelle wie Bürgerwindparks oder Bürgernetzleitungen an der Energiewende teilhaben, dann akzeptieren sie auch die damit verbundenen Belastungen leichter.

Auf dem Land sind die Wege für die Menschen oft weit. Was wollen Sie tun, um die Mobilität zu fördern?

Liebing: Wir müssen vor allem der Jugend eine berufliche Perspektive auf dem Land bieten. Deshalb fordern wir, dass der Mopedführerschein mit 15 in Modellversuchen getestet wird. Zudem wollen wir mit der anstehenden Novelle des Personenförderungsgesetzes sicherstellen, dass es weiterhin einen flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr auf dem Lande gibt.

Eine alternde Gesellschaft ist auf eine gute medizinische Versorgung angewiesen. Wie kann das im ländlichen Raum gewährleistet werden?

Liebing: Die Koalition geht bereits gegen den Ärztemangel auf dem Lande vor, etwa mit der Verbesserung der Vergütungsstruktur für Landärzte. Doch dies kann nur der erste Schritt sein. Wir prüfen, ob wir nicht stärker den Aufbau von medizinischen Versorgungszentren fördern müssen. Auch die Telemedizin bietet Möglichkeiten, wenn Spezialisten nicht vor Ort sind.

Spielregeln für Hochfrequenzhandel

Bundestag berät Gesetzentwurf – Deutschland Vorreiter in Europa

Die christlich-liberale Koalition regelt den Hochfrequenzhandel an der Börse. Der Bundestag beriet am Freitag in erster Lesung ein Gesetz, das erstmals Spielregeln für den computergestützten Wertpapierhandel setzt. Das Gesetz ist ein weiterer Baustein im neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Mit ihm ist Deutschland in Europa wieder einmal Vorreiter.

Beim Hochfrequenzhandel generieren Computerprogramme in Sekundenbruchteilen Kauf- und Verkaufsaufträge für Wertpapiere und andere Finanzinstrumente. Von den Käufern werden diese zum Teil nur wenige Sekunden gehalten.

Das Gesetz stellt die Hochfrequenzhändler unter Aufsicht und sorgt für

Transparenz bei den Geschäften. Bestimmte Handelspraktiken werden als Marktmanipulation eingestuft. Börsen werden verpflichtet, Gebühren für die exzessive Nutzung von Handelssystemen zu erheben. Außerdem werden Regelungen zum Verhältnis zwischen erteilten Aufträgen und tatsächlich durchgeführten Geschäften eingeführt. Börsenbetreiber werden zudem verpflichtet, für den Fall starker Kursschwankungen an der Börse automatisierte Handelsunterbrechungen einzurichten.

Der Hochfrequenzhandel birgt besondere Gefahren. Denn die hohe Zahl der Aufträge kann sowohl die Marktteilnehmer als auch die Handelsplätze überfordern. Kauf- und

Verkaufsaufträge können zur Manipulation von Börsenkursen eingesetzt werden.

Nicht nur Gefahren, sondern auch Nutzen

Der Hochfrequenzhandel hat aber auch nützliche Seiten, weshalb er nicht gänzlich verboten, sondern nur strenger reguliert wird: Durch die per Hochfrequenzhandel generierten Aufträge wird die Liquidität am Markt erhöht und damit eine effizientere Preisfindung ermöglicht. Die Abstände zwischen Kauf- und Verkaufspreisen verringern sich.

Presstexte für Suchmaschinen nicht mehr kostenlos

Bundestag debattiert in erster Lesung Leistungsschutzrecht



© pizuttipics - Fotolia.com

Internet-Suchmaschinen sollen für die Nutzung von Presstexten künftig ein Entgelt zahlen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung ein Leistungsschutzrecht, das die wirtschaftlichen Interessen von Presseverlagen schützen soll. Ähnlich wie beim Urheberrecht gilt künftig das Prinzip, dass grundsätzlich eine Vergütung gezahlt werden muss, wenn mit der Leistung anderer Geld verdient wird.

bunden mit dem Eigentumsrecht, die beide im Grundgesetz verankert sind, ist ein solches Schutzrecht geboten.

Leistungsschutzrechte schützen die wirtschaftlichen Investitionen der Werkmittler. Ebenso wie Produktmarken bürgen Presseverlage für eine besondere Qualität ihrer Erzeugnisse. Die wirtschaftliche Leistung der Presseverlage besteht in Zeiten der Informationsflut neben der reinen Vermittlertätigkeit eben auch darin, rele-

vante Beiträge einer breiten Öffentlichkeit zu empfehlen.

Privatpersonen und Blogger ausgenommen

Wer seine Inhalte ins Internet stellt, muss selbstverständlich mit der Nutzung durch Dritte leben – aber eben nicht zwingend unentgeltlich. Das Leistungsschutzrecht sorgt dafür, dass für eine kreative Leistung, die von anderen Gewerbetreibenden genutzt wird, bezahlt werden muss.

Um die Informationsfreiheit nicht einzuschränken und die Nutzer nicht zu belasten, betrifft das Leistungsschutzrecht für Presseverlage nur Suchmaschinen und sogenannte Newsaggregatoren. Privatpersonen und Blogger sind ausdrücklich ausgenommen. Auch Links bleiben natürlich frei.

„Neidsteuer“-Pläne der SPD „unverantwortlich“

Aktuelle Stunde im Bundestag – Unionsabgeordnete kritisieren geplante Wiedereinführung der Vermögensteuer

Sollte die SPD die Bundestagswahl 2013 gewinnen, droht Deutschland eine massive Erhöhung von Steuern und Abgaben. Abgeordnete von CDU, CSU und FDP kritisierten in einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch die Pläne der SPD, vor allem die 1997 abgeschaffte Vermögensteuer wieder einzuführen. Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der Unionsfraktion, Christian von Stetten, sprach von einer Neidsteuer, die in Wirklichkeit ein Anschlag auf den Mittelstand und die dort Beschäftigten sei. Der CDU-Finanzpolitiker Olav Gutting nannte die Vermögensteuer verfassungswidrig, arbeitsplatzgefährdend und krisenverschärfend – mit einem Wort: „unverantwortlich“.

Bezeichnend war, dass der Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, an der Aktuellen Stunde nicht teilnahm. Damit habe dieser eine Gelegenheit versäumt, den Wählern zu sagen, was die SPD nach der Wahl tatsächlich vor habe, kritisierte von Stetten. Die Wähler hätten aber gut zehn Monate vor der Bundestagswahl ein Recht darauf zu wissen, was auf sie zukomme. Der CDU-Abgeordnete Mathias Middelberg mutmaßte, Steinbrück erkläre sich deshalb nicht vor dem Parlament, weil er in Wirklichkeit gar nicht hinter den Steuerplänen seiner Partei stehe. Denn noch als Finanzminister der Großen Koalition habe er verkündet, dass man nur mit niedrigen Steuersätzen Unternehmen anlocke, den Mittelstand stärke und Arbeitsplätze schaffe.

Middelberg prophezeite, dass mit der SPD nicht nur die Vermögensteuer wieder eingeführt werde, sondern auch die Einkommensteuer und die Abgeltungssteuer, die Unternehmens- und die Gewerbesteuer sowie die Abgaben für Rente und Gesundheit ansteigen werden. „Wer Sie wählt, der organisiert sich eine riesige Steuerlast und eine Abgabenorgie im ganzen Land“, sagte er an die Adresse der SPD gerichtet. Middelberg verwies



Foto: Axel Schmitt/dapd

Der Bundestag debattiert

darauf, dass Deutschland trotz niedriger Steuersätze im Moment Rekord-einnahmen verzeichne. „Wir haben gar keinen Grund, über Steuererhöhungen nachzudenken“, sagte er.

Die Vermögensteuer betreffe im übrigen nicht nur die reichen Privatleute, die mit ihrem Geld nichts anzufangen wüssten, sondern den Mittelstand und damit das Rückgrat der Wirtschaft, betonte Middelberg. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein warnte, dass es gar nicht machbar sei, Vermögen in gutes Betriebsvermögen und böses Privatvermögen aufzuteilen. Die SPD will ersteres verschonen, aber letzteres besteuern.

*„Lieber
Steuerschlupflöcher
schließen“*

Nüßlein wie auch der CDU-Politiker Norbert Schindler riefen die SPD dazu auf, von der Vermögensteuer abzusehen und stattdessen doch noch dem Steuerabkommen mit der Schweiz zuzustimmen. Es ist laut Schindler nicht nachvollziehbar, dass die SPD auf zehn Milliarden Euro verzichte, die man im

Nachhinein Steuerflüchtlingen in der Schweiz abnehmen könne, während sie brave Steuerzahler im Inland zusätzlich belasten wolle. Gutting warnte, mit hohen Steuern schaffe man Anreize zur Steuerflucht. Von der SPD forderte er: „Statt diejenigen immer stärker abzukassieren, die es noch im Land hält und die hier ihre Steuern bezahlen, sollten Sie lieber Steuerschlupflöcher schließen.“

Rohstoffversorgung sichern

Deutschland als eine der führenden Industrienationen der Welt ist auf Rohstoffe angewiesen. Deshalb ist Rohstoffsicherheit ein Kernliegen der deutschen Außenpolitik. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in dieser Legislaturperiode bereits vier Kongresse zu dem Thema veranstaltet. Dabei ging es um die Sicherung der Rohstoffbasis, um Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, um Werte und Wertschöpfung sowie um die Regulierung des Rohstoffhandels. Die wichtigsten Diskussionsbeiträge hat die Fraktion nun in einer Broschüre mit dem Titel „Rohstoffversorgung sichern – Für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa“ zusammengefasst.

Die Broschüre kann unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

Mehr Rechte für Patienten

Versicherte künftig auf Augenhöhe mit Ärzten und Krankenhäusern

Patienten sollen künftig ihrem Arzt, ihrem Physiotherapeuten oder ihrem Krankenhaus auf Augenhöhe gegenüberstehen. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein entsprechendes Gesetz, das die Rechte der Patienten stärkt. Das Gesetz bündelt eine Vielzahl bereits existierender Vorschriften. Mit dem einheitlichen Rechtsrahmen soll Transparenz und Rechtssicherheit hergestellt werden. Ärztefehler sollen eingedämmt werden.

Behandelnde – also z. B. Ärzte oder Physiotherapeuten – müssen künftig den Patienten über alles aufklären, was für die Behandlung von Relevanz

ist. Patienten haben auch Anspruch auf schriftliche Information über die Kosten der Behandlung, die sie voraussichtlich selbst zu tragen haben – etwa homöopathische Behandlungen oder sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL), die Ärzte gegen Selbstzahlung anbieten können.

Behandlungsfehler vermeiden

Darüber hinaus will das Gesetz dazu beitragen, dass Behandlungsfehler künftig leichter vermieden werden können. Dafür werden ein Qualitätsmanagement und ein Fehlermeldesystem eingeführt. Bei „groben“ Be-

handlungsfehlern müssen die behandelnden Ärzte künftig nachweisen, dass sie nicht Ursache der eingetretenen Gesundheitsschäden waren.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen wurden weitere Verbesserungen für die Patienten erzielt. So gilt künftig: Wenn eine Krankenkasse nicht innerhalb einer gesetzlich vorgegebenen Frist eine beantragte Leistung genehmigt hat, kann sich der Versicherte die Leistung selbst auf Kosten der Krankenkasse beschaffen. Darüber hinaus wird eine Informationspflicht auch für alle nichteinwilligungsfähigen Patienten, insbesondere Jugendliche, aufgenommen.

Schiene darf nicht mehr Lärm verursachen als Straße

Bundestag schafft „Schienenbonus“ ab

Das Lärmprivileg der Schiene – der sogenannte Schienenbonus – wird abgeschafft. Der Bundestag beschloss am Donnerstag eine entsprechende Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes. Die Änderung betrifft alle Neu- und Ausbauprojekte, für die ab ca. 2016 ein Planfeststellungsverfahren eröffnet wird. Laufende Verfahren sind nicht betroffen.

Der „Schienenbonus“ besagt, dass Lärmschutzmaßnahmen an Schienenwegen – wie Lärmschutzwände – erst dann gesetzlich erforderlich sind, wenn das Limit für Straßenverkehrslärm um fünf Dezibel (A) überschritten wird. Er beruht auf Studien aus den siebziger Jahren. Damals nahm man an, dass Schienenlärm als weniger belastend wahrgenommen werde als Straßenlärm.

Die Besserstellung des

Lärms, der von der Schiene ausgeht, gegenüber dem Straßenlärm ist nach Auffassung der Koalition heute nicht mehr sachgerecht. Insbesondere auf viel befahrenen Strecken – z.B. entlang des Rheins – bedeutet der mit dem zunehmenden Güterverkehr einhergehende Lärm für die Anwohner eine gesundheitliche Beeinträchtigung. Auch hat die Koalition der Tatsache Rechnung getragen, dass die

Bürger nicht zuletzt wegen der Lärmbelastigung Infrastrukturprojekte immer weniger akzeptieren.

Lärmschutz an der Quelle

Auch das bestehende Schienennetz muss leiser werden. Dafür steht das Lärmsanierungsprogramm des Bundes mit jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Lärmschutzwände sind eine notwendige Ergänzung zur Bekämpfung des Schienenlärms an der Quelle. So ermöglicht die Umrüstung der Fahrzeuge auf „leise“ Bremssohlen eine Lärmreduzierung um bis zu zehn Dezibel (A) bis 2020. Die Koalitionsfraktionen fordern darüber hinaus die Prüfung einer alternativen Güterverkehrsführung für das Mittelrheintal.



© ThKatz - Fotolia.com

Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei

Ankara bittet um „Patriot“-Raketen – Bundestag berät Bundeswehr-Mandat voraussichtlich im Dezember

Die Türkei hat die NATO-Partner gebeten, Flugabwehrraketen vom Typ „Patriot“ an die Grenze zu Syrien zu verlegen. Damit „Patriot“-Einsatzstaffeln der Bundeswehr nach einem entsprechenden Bündnisbeschluss in der Türkei stationiert werden können, wird die Bundesregierung voraussichtlich im Dezember dem Bundestag ein entsprechendes Mandat vorlegen. Rechtliche Grundlage ist Artikel 3 des Nordatlantikvertrags, in dem sich die NATO-Partner gegenseitige Unterstützung gegen bewaffnete Angriffe von außen zusichern. Durch die wiederholten Angriffe des syrischen Regimes auf Ziele an der syrisch-türkischen Grenze sieht sich die Türkei bedroht.

Ein solcher Einsatz der Bundeswehr in der Türkei hätte nach Auffassung der Unionsfraktion rein defensiven Charakter, denn er würde ausschließlich auf NATO-Gebiet erfolgen. Ein Mandat der Vereinten Nationen ist daher nicht notwendig. Behauptungen der Opposition, die „Patriot“-Systeme dienten der Absicherung einer Flugverbotszone in Syrien

oder gar einem aktiven Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg, sind haltlos.

Stationierung hat deeskalierende Wirkung

Die Luftangriffe des Assad-Regimes auf syrische Städte und Dörfer an der türkischen Grenze bedrohen auch die türkische Bevölkerung. Die Türkei muss nach Auffassung der Unionsfraktion nicht bis zu einer konkreten Verletzung ihres Luftraums oder ihrer Grenzen warten, bevor sie die NATO-Partner um Schutz bittet. Niemand kann darauf vertrauen, dass das untergehende Assad-Regime nicht auch

seine SCUD-Raketen und chemischen Massenvernichtungswaffen einsetzt. Der abschreckende Effekt einer „Patriot“-Stationierung kann hier nach Einschätzung der Unionsfraktion eine deeskalierende Wirkung haben.

Für die CDU/CSU ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Deutschland sich im Bündnis solidarisch verhält. Über vier Jahrzehnte haben die Bündnispartner die Freiheit und Sicherheit Deutschlands verteidigt. Wenn sich heute ein Bündnispartner bedroht fühlt, kann Deutschland seine Hilfe nicht verweigern.

Im Bündnis verfügen nur die USA, die Niederlande und Deutschland über „Patriot“-Systeme. Wie viele deutsche Soldaten in die Türkei entsandt werden, steht noch nicht fest. Für den Betrieb einer „Patriot“-Einheit werden ungefähr 85 Soldaten benötigt. Hinzu kommt bei einem Einsatz in der Türkei weiteres Begleitpersonal. Im Falle des „Patriot“-Einsatzes läge die Befehlsverantwortung nicht beim türkischen Militär, sondern beim NATO-Oberkommandierenden.



Foto: Oliver Lang/dapd

Eine Starteinheit des Raketensystems „Patriot“ der Bundeswehr steht in El Paso/USA.

Kurz notiert

Antiterror-Operation im Mittelmeer soll verlängert werden

Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr an der Antiterror-Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer beteiligen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag über eine Mandatsverlängerung bis zum 31. Dezember 2013. Die personelle Obergrenze soll bei 700 Soldatinnen und Soldaten bleiben. Derzeit sind rund 400 Bundeswehr-Angehörige im Einsatz im Mittelmeer. Deutschland beteiligt

sich seit 2003 an der NATO-geführten Operation.

Der Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Mittelmeer ist eine gemeinsame Reaktion der NATO auf die Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington. Auf sie folgten weitere terroristische Angriffe und Angriffsversuche gegen die USA. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus besteht bis heute unver-

mindert fort. Die Umbrüche in der arabischen Welt haben die internationale Gefährdungslage weiter erhöht. In Nordafrika sind Aktivitäten terroristischer Gruppierungen festzustellen, insbesondere der Terrorgruppe Al Kaida im Maghreb. Auch die Krise in Syrien hat mittlerweile eine regionale Dimension angenommen.

Deutschland lässt Afghanistan nicht im Stich

Kongress der Unionsfraktion zur Zukunft Afghanistans nach Ende der ISAF-Mission

Deutschland wird sich auch nach dem Abzug der ISAF-Truppen 2014 für die Sicherheit Afghanistans engagieren. Dies bekräftigte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Christian Ruck auf dem Kongress „Afghanistan – Verantwortung für die Zukunft nach ISAF“, den die Fraktion am Montag veranstaltete. Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, es sei wichtig, dass die Menschen in Afghanistan nach dem ISAF-Abzug nicht im Stich gelassen würden.

Ruck betonte, als wegweisend habe sich der Ansatz der vernetzten Sicherheit für Afghanistan erwiesen. Der Ansatz besagt, dass das Land nur dann auf einen Weg nachhaltiger Stabilisierung gebracht werden kann, wenn politi-

sche, militärische und entwicklungs-politische Instrumente zusammenwirken. Ob die ISAF-Mission letztlich erfolgreich sein wird, wird sich laut Kauder erst lange nach ihrem Ende erweisen. Die Frage, ob es richtig gewesen sei, sich mit deutschen Soldaten am Einsatz zu beteiligen, stelle sich daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Neuer Schwerpunkt: Aus- und Fortbildung

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière zeichnete in seiner Rede ein vielgestaltiges Bild von Afghanistan. Jede Region entwickle sich anders, sowohl im Hinblick auf die Sicherheit als auch im Hinblick auf die Entwicklung. Überall aber gehe es aufwärts. Beeindruckend sei es, wie

die afghanischen Streitkräfte Schritt für Schritt die Sicherheitsverantwortung übernehmen. Nach Umfragen fühle sich die Bevölkerung heute zu einem hohen Anteil sicher. Trotz dieser Erfolge sei aber eine neue Mission nach 2014 erforderlich – mit dem Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung afghanischer Streitkräfte.

Der afghanische Außenminister, Zalmai Rassoul, sagte, ohne die Unter-

Bevölkerung Zugang zu einer gesundheitlichen Basisversorgung, während es 2001 nur acht Prozent waren. Über sieben Millionen Kinder gehen heute zur Schule. Dies schaffe bei der Bevölkerung Vertrauen in die Zukunft, sagte Niebel. Er bekräftigte, dass Deutschland seine Hilfen auf hohem Niveau fortsetzen werde, wenn die afghanische Regierung ihrerseits weitere Reformen einleite.

Der Sonderbotschafter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Koch, kritisierte in seinem Beitrag, dass die Medien immer nur über negative Ereignisse berichteten. Diese Darstellung werfe ein falsches Licht auf die Entwicklung. Ebenso falsch sei die Analogie zwi-

schen dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan 1989 und dem nun geplanten Abzug der ISAF. Als entscheidend für die künftige friedliche Entwicklung bezeichnete er den politischen Versöhnungsprozess zwischen den Taliban und den übrigen politischen Gruppierungen in Afghanistan.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff zollte den Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan Anerkennung. Er würdigte, dass sie unter Einsatz von Leib und Leben für die Sicherheit Deutschlands im Ausland im Einsatz seien. Die CDU/CSU könne das Ende der ISAF-Mission bis 2014 deshalb verantworten, weil die afghanischen Sicherheitsstrukturen allmählich tragfähig seien.



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder redet beim Afghanistan-Kongress

stützung Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft seit 2001 hätten sich die Lebensbedingungen in Afghanistan nicht so stark verbessern können. Als entscheidendes Datum nannte er die offenen Präsidentschaftswahlen 2014, die zu einer Konsolidierung der Demokratisierung führen könnten.

Enorme Entwicklungsfortschritte seit 2001

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, wie auch die Vorstandssprecherin der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tanja Gönner, hoben die enormen Entwicklungsfortschritte seit 2001 hervor. So haben nun 85 Prozent der

Ältere fühlen sich zehn Jahre jünger

Hohe Zufriedenheit laut Umfrage

Die 65- bis 85-Jährigen in Deutschland fühlen sich im Durchschnitt zehn Jahre jünger, als es ihrem tatsächlichen Lebensalter entspricht. Sie führen mehrheitlich ein sehr aktives, zufriedenes und abwechslungsreiches Leben. Dieses selbstbestimmte Leben wollen sie möglichst lebenslang beibehalten. Die Mehrheit von ihnen stellt deshalb den Erhalt der Gesundheit in den Mittelpunkt.

Das sind zentrale Ergebnisse einer Altersstudie, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Generali Deutschland durchgeführt hat. Weitere Erkenntnisse über die Älteren in Deutschland: Die materielle Lebenssituation wird als gut empfunden und ist de facto deutlich besser als die der Älteren vor 20 oder 30 Jahren. Die überwiegende Mehrheit der 65- bis 85-Jährigen verfügt der Umfrage zufolge über enge familiäre Bindungen sowie einen stabilen Freundes- und Bekanntenkreis. Die Mehrzahl der Älteren hat zu den Kindern ein gutes Verhältnis und steht ihnen mit Rat und Tat sowie finanziell zur Seite.

Gesellschaftliches Engagement üblich

Auch außerhalb der Familie sind Ältere laut Studie aktiv: Aktuell engagieren sich 45 Prozent im gesellschaftlichen Bereich und können sich vorstellen, ihr Engagement im Durchschnitt um bis zu sechs Stunden in der Woche auszudehnen (aktuell vier Stunden). Für die repräsentative Studie wurden jeweils rund 2.000



Zeichnung: Sakurai

Steinbrück arbeitet am Neustart

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 10. Dezember 2012 Kongress Weltbevölkerung
- 11. Dezember 2012 Vorweihnachtliche Feier im Tipi
- 22. Januar 2013 Festveranstaltung französische Assemblée Nationale und Deutscher Bundestag zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages
- 30. Januar 2013 Gedenkveranstaltung im Plenarsaal für die Opfer des Nationalsozialismus

Personen der Altersgruppen 65 bis 74 sowie 75 bis 85 mündlich befragt.

Im einzelnen ergab die Umfrage, dass 58 Prozent der 65- bis 85-Jährigen sich nicht als alte Menschen bezeichnen würden. Bei den 65- bis 74-Jährigen sagen das sogar 67 Prozent. Jede zweite Frau im Alter von 65

bis 74 Jahren nutzt heute regelmäßig einen Lippenstift, vor rund 30 Jahren war es nur rund jede vierte. Die neue Generation der Älteren führt heute überwiegend ein sehr aktives Leben, in dem Familie, Hobbys, aber auch ehrenamtliches Engagement eine große Rolle spielen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt